

# Ein Hauch von Schöpfungsgeschichte

## Streiflichter nach einem Jahr SPD-Regierung

Hier wurde die Lust zu ökonomischen und technischen Betrachtungen, welche mich einen großen Theil meines Lebens beschäftigt haben, zuerst erregt.

J.W. v. Goethe

Wenn eine neue Landesregierung ihre erste Werbebroschüre mit unser aller Goethe aufmacht, dazu das Bild einer elektronischen Schaltung (mit Chips aus Malaysia) und als Verbindung, ja Spannung erzeugender Satz die dramatische Aussage „Das Saarland schaltet sich ein“, dann hat sie Großes vor: Es werde Licht! — Ein Hauch von Schöpfungsgeschichte.

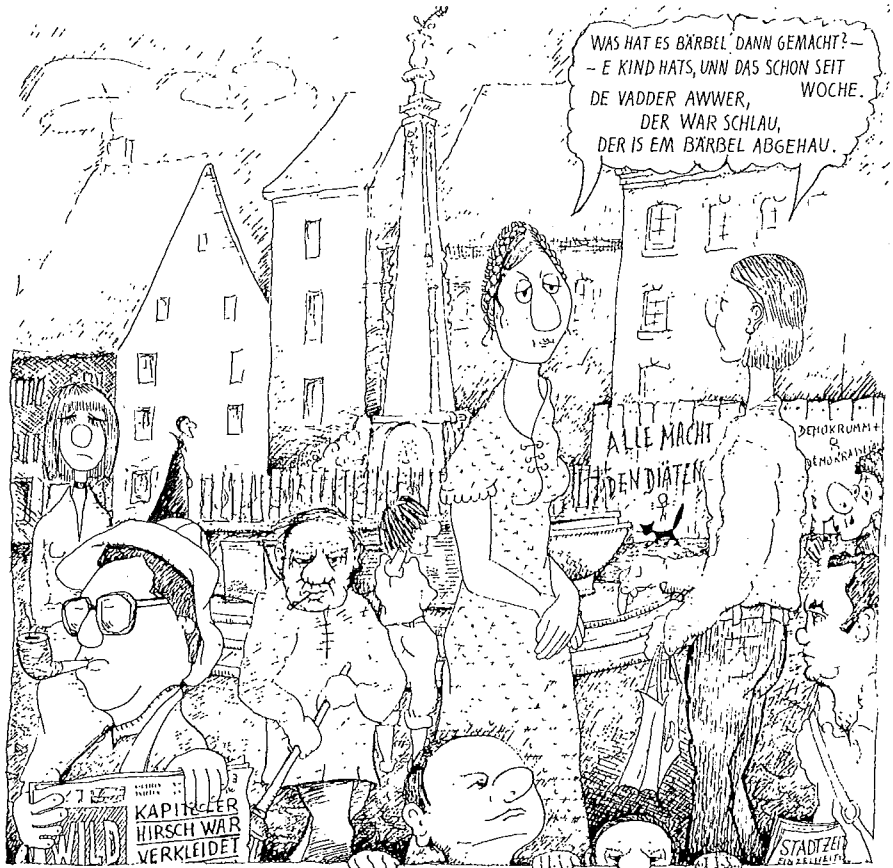
Dramatisch ist die ökonomische Situation an der Saar im Frühjahr 1985 in der Tat, und die Landesregierung muß Großes vollbringen (oder zumindest vorspiegeln), damit sie nicht am Ende ihrer Amtszeit dasteht wie jener Held aus dem Meisterwerk des schon zitierten J. W. v. Goethe, der klagte (in der saarländischen Übertragung von Gerhard Bungert): „Do stehn ich jetzt grad wie e Depp / unn krien von iwverall mei Knepp.“

„Non olet“ — Geld stinkt nicht

Vorrangiges Problem bildet die desolade Finanzlage; der Landeshaushalt ist aufgrund des hohen Schuldenstandes schon seit Jahren nicht mehr verfassungskonform. Das Kabinett Lafontaine geht das Übel auf ihre Art an — für jeden etwas: Für die Linken schafft man den Radikalerlaß ab - damit auch ein verfassungswidriger Haushalt seinen Platz im öffentlichen Dienst haben kann. Den humanistisch Gebildeten widmet Hans Kasper in seiner Haushaltsrede ein Zitat von Tucholsky: „Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen Gründe: die Leute haben zwar immer noch kein Geld, wissen aber wenigstens warum.“

Den Rechten schließlich läuft das Wasser im Munde zusammen angesichts der richtigen Sparpolitik, die sogar der reaktionäre „Bund der Steuerzahler“ als vorbildlich charakterisiert: Es wird gespart, Personal abgebaut, in Karlsruhe geklagt, in Bonn gefordert, in Brüssel gebettelt. Da stört auch kein dummes Geschwätz von gestern: Das vor der Wahl angekündigte Investitionsprogramm wird nach der Wahl gestrichen, die versprochene Einstellung neuer Lehrer entpuppt sich als Faschingscherz haushaltsrechtlich inkompetenter Bildungspolitiker, und allüberall wird überlegt, welche Besitztümer des Landes schnell flüssig gemacht werden können. Selbst die Einrichtung neuer Spielbanken, vor dem 10. März 85 in der SPD-Wahlkampfzeitung ZaS heftig bekämpft, wird als neue Einnahmequelle realisiert. Geld stinkt nicht, sagte schließlich schon Kaiser Vespasian seinem Sohn Titus, als er die Abortsteuer einführte.

Oskar Lafontaine im Wahlkampf 1980 über Zeyer und Klumpp: „Wer heute so redet und morgen anders, den nenne ich einen Dummschwätzer.“



Zwischen St. Johanner Markt und Auerbachs Keller-Szene von Heinz Diesel aus dem saarländischen "Fausch" mit Oskar, Zeyer, Klumpp, Gretchen (Margret Lafontaine?) und anderen: Do stehn ich jetzt grad wie e Depp / unn krien von iwverall mei Knepp ..

Tünnesse und Dummschwätzer haben im Saarland immer Saison.

ARBED: LAFONTAINE, fabelhaft

Größtes Verdienst der Landesregierung und unumstrittener persönlicher Erfolg für Oskar Lafontaine im ersten Jahr ist die Entwicklung eines Unternehmenskonzeptes für ARBED Saarstahl. Die Bundesregierung kann ihre Hinhaltepolitik gegenüber dem ungeliebten Wahlsieger nur einige Monate durchhalten; Lafontaine selbst betreibt nachdem anfängliche harte Worte zu Trotzreaktionen in Bonn geführt haben, eine rein taktische Appeasementpolitik. In der entscheidenden Phase dann stellt er Bonn plötzlich Ultimaten und nutzt die Methode Höcherl: Die alten Haudegen Klumpp und Schäfer gegen die Emporkömmlinge in deren Parteien (nichts ist politisch wirksamer als eine herzhaft persönliche Abneigung). Taktik gegen Taktik, am Ende hat Schlaumeier Oskar wieder mal die lange Nase vorn.

Des einen Freud, des andern Leid — die CDU Saar wird nach der Saarstahl-Einigung ihrem schlechten Ruf erneut gerecht als sich Peter Jakoby weinerlich beklagt, daß Kanzler Kohl nicht ihm die Glorie

des Retters habe zuteil werden lassen. Jakoby, der jüngste Übergangsvorsitzende, den eine Partei je hatte. Er hätte besser noch ein paar Jahre im JU-Sandkasten Politik geübt.

Auch die Speerspitze der Arbeiterbewegung, die saarländische IG Metall, bleibt nicht ohne Blessuren. Ihr Pech: sie hat seit 1977 einfalllos die Wursteleien der Zeyer - Regierung mitgemacht („Wir sind Pragmatiker, die Polemik überlassen wir dem Oskar“) und muß sich in den letzten Jahren, nach den Erpressungen des CDU/FDP-Kabinetts, redlich mühen, das Trittbrett von Lafontaines Kurswagen nicht zu verfehlen.

Zwei kleine Majestätsbeleidigungen am Rande: Gottseidank erinnert sich kaum noch jemand daran, mit welcher Verve der Meister vor etwa zwei Jahren Überlegungen der damaligen Landesregierung zur Fusion von Saarstahl und Dillinger Hütte zurückwies. Und von Glück kann er nur sagen, daß ihm auf seine Vorhaltungen, die Landwirtschaft würde viel stärker subventioniert als die Stahlindustrie, keiner die Subventionen für den Bergbau vorrechnete - sie sind pro Beschäftigten etwa doppelt so hoch wie in der Landwirtschaft.



## Wir haben neue Saiten aufgezogen

Gerade in der Wirtschaftspolitik.

- Das Saarland wandelt sich:
- Moderne Technologien für Energie und Umwelt.
  - Neue Wege der Wirtschaftsförderung.
  - Kurze Wege zu den Nachbarn im Saar-Lor-Lux-Raum.

Das Saarland bietet viel – für Arbeit und Freizeit.

### PR für die Saar: Weg vom Aschenbrödel-Image

#### High-Tech-Euphorie — Wahnsinn mit Methode

Wo alte Industrien sterben, da müssen neue her. Und weil eine tote Stahlindustrie bekanntlich keinen Dreck mehr macht - was liegt näher, als das Saarland zu einem Zentrum neuer Technologien, insbesondere der Umwelttechnologie, hochzupuschen?

Im Wirtschaftsministerium entsteht die neue Abteilung Energie/Technologie, zahlreiche Pilotprojekte werden initiiert, die Mittelstandspolitik aktiviert, dazu eifrig die Werbetrommel gerührt. Zudem kann die lahme Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar mit dem neuen Geschäftsführer Bernd Lohr flottgemacht werden. Landespolitische Arbeitsmarkt-Initiativen rollen an, und pünktlich zur Jahresbilanz vermeldet man die beiden größten Ansiedlungserfolge seit langem.

Wo so viel Licht ist, da mangelt es auch nicht an Schatten. Inzwischen ist im Wirtschaftsministerium eine recht undifferenzierte Technologie-Euphorie festzustellen; die Gründerzeit scheint von Silicon Valley

via Stuttgart direkt an die Saar gekommen zu sein: Da wird über Forschungsprojekte wie „Elektronische Sprachforschung“ und „Künstliche Intelligenz“ gejubelt, vor denen kritische Computerwissenschaftler (etwa Joseph Weizenbaum) seit Jahren warnen. Da werden High-Tech-Unternehmen als fortschrittlich gepriesen, in denen Auszubildende ausgebeutet werden. Den regierenden Sozialdemokraten von heute fehlt in ihrem Fortschrittsbegriff offensichtlich jede soziale Komponente.

Und doch gibt es einen in der Landesregierung, der die Gefahren eines unreflektierten Techno-Fanatismus erkannt hat: „Der Aberwitz des modernen technologischen Fortschritts kommt auch darin zum Ausdruck, daß selbst noch die vernünftigsten Erfindungen einem institutionalisierten Wahnsinn entspringen.“ Aber als er das schrieb, war er noch nicht Ministerpräsident. Heute trägt er mit dazu bei, dem Wahnsinn Methode zu verschaffen.

#### Das Spiel mit dem Feuer

Immer stärker wird in der Öffentlichkeit

gefordert, daß Technologien rückholbar, sozialverträglich und umweltverträglich sein müssen. Die Wortschöpfung „Umwelttechnologie“, mit der die Landesregierung hausieren geht, paßt genau in diesen Trend.

Und damit läßt sich Schindluder treiben: Was derzeit unter Begriffen wie „thermisches Recycling“ oder „energetische Müllverwertung“ gehandelt wird, ist reiner Etikettenschwindel. Müllverbrennung bleibt ein Spiel mit dem Feuer, und die Option auf Erweiterung der Verbrennungskapazitäten befreit alle Verantwortlichen - vom Verbraucher über Politiker bis zur Industrie - von dem Zwang, Müllvermeidung auf Teufel komm raus zu betreiben. Fritjof Spreer, Leiter der erwähnten Abteilung Energie/Technologie, hat bei den Umweltverbänden schon einen Titel: Der Pyromane.

Hinzu kommt, daß sich diese Technologieförderung an die angebotsorientierten Vorstellungen der Konservativen anlehnt: Die Landesregierung schafft die klimatischen Voraussetzungen für Investitionen berät und sorgt für Transfer von Know-How in der Hoffnung, neue Produkte werden sich ihren Markt schon schaffen. Doch die wichtigsten Nachfrager für Umwelttechnologie, Land und Gemeinden, streichen ihre Investitionshaushalte zusammen und fallen damit ihrer eigenen Politik in den Rücken. Die Forderung nach einem umweltpolitischen Investitionsprogramm bleibt aktuell.

Derweil kämpft derjenige, den jedermann für im Umweltbereich zuständig hält, um seine Kompetenzen. Container-Jo hat ein Jahr mit mehr Tiefen als Höhen hinter sich, aber langsam kommt er in Fahrt. Gegen ihn haben sich Wirtschaftsministerium und Industrie verbündet, damit er nicht, wie in zivilisierten Ländern üblich, die Zustimmung für immissionsrechtliche Genehmigungsverfahren erhält. Gegen ihn versuchen sich die Öko-Idealisten von Budell bis zum Bund für Vogelschutz zu profilieren. Gegen ihn arbeiten die neben der Arbeitslosigkeit beiden größten Übel dieses Landes, die SZ und der KABV.

Das erste Amtsjahr war für Leinen vor allem ein Lernprozeß. Jetzt weiß er, was er braucht: mehr Härte im eigenen Haus, mehr engagierte Mitarbeiter, mehr Kompetenzen und die Rückendeckung von Regierung, Fraktion und Partei.

#### Die Neben-Innenpolitik der SGK

Besondere Probleme hat er mit den SPD-Kommunalpolitikern. Die können sich natürlich nicht vorstellen, warum die seit langem geforderte Schnellstraße, von der geizigen CDU-Regierung hintertrieben, nun von der SPD aus „ökologischen“ Gründen abgelehnt werden soll. Und daß der KABV, der ihnen seit Jahren das Denken im Abfallbereich abnimmt, umorganisiert werden soll, paßt ganz und gar nicht in das Weltbild der Kirchturmpolitiker.

Fast überall da, wo auch im finanzschwachen Saarland sozialdemokratische Reformen realisiert werden könnten, betreiben SPD-Bürgermeister und Oberbürgermeister eine Neben-Innenpolitik. Das gilt im Umweltbereich, bei der „Neutralitätserklärung“ des Landes gegenüber friedenspolitischen Initiativen von Gemeinden wie in der Schulpolitik. Und gegen diese Störmanöver muß die Partei eindeutig Stellung beziehen. Gerade in der Bildungspolitik steht viel auf dem Spiel - nämlich die politische Mehrheit im Lande.

Die Einführung neuer Gesamtschulen ist sorgfältig und mit Bedacht betrieben worden, bei der Einleitung der Schulrechtsnovelle wurden Fehler gemacht. Doch beide Initiativen gehen in die richtige Richtung, und es ist vollkommen unverständlich, wie sich SPD-Kommunalpolitiker für den Erhalt von Hauptschulen einsetzen, die für das Jahr 2000 die Berufstätigen 3. Klasse (oder vielleicht sogar die Masse der Arbeitslosen) produzieren.

Aus einigen Ressorts kommen bislang noch wenige Impulse - man oder frau muß sich erst einleben. So dürfen wir gespannt die Novellen des Kommunalverwaltungsgesetzes (Wahl der Landräte) und des Kommunalwahlgesetzes (Wahlrecht für Ausländer) erwarten, den Frauenförderplan von der Gleichstellungsstelle die Bemühungen des Sonderministers Hahn um Geld und das Eureka-Sekretariat, die Arbeitsmarkt-Initiativen des Sozialministeriums und die Rundfunknovelle. Weniger erwarten wir aus dem Justizministerium: Der zuständige Ressortchef wirkt zunächst als Justiziar der Landesregierung, und solch Tätigkeit ist nötig in harten Zeiten.

#### Perspectives du theatre politique

Nach den mageren Jahren unter Zeyer hat die saarländische Landespolitik seit dem Regierungswechsel an Kontur gewonnen, besonders im Bildungs- und Wirtschaftsbereich. Sie hat auch in einigen Bereichen bundesweit Signale gesetzt: Mit der Abschaffung des Radikalenerlasses, mit dem (später leider aufgeweichten) Rallye-Verbot, mit dem Stopp der In-vitro-Fertilisation, mit der neuen Gesamtschul-Offensive.

Doch solche Signale bieten noch keine Perspektive, sie können Eintagsfliegen bleiben. Linke sozialdemokratische Politik könnte aber auch Vorbild sein im Lande. Dazu müssen zentrale Reformaufgaben benannt werden - etwa die Bildungs- und die Umweltpolitik - die dann auch konsequent durchgezogen werden müssen mit Kompetenzen, Geld und Personal. Vor diesen Aushängeschildern muß der Rotstift des Finanzministers kapitulieren.

Zu einer derartigen Politik gehört auch, daß Saarbrücken ein Gegengewicht zu Bonn bildet; bisweilen als Juniorpartner mit Hessen und NRW, wo es sinnvoll ist aber auch als Drahtzieher. Letzteres wurde bisher verpennt, obwohl sich die Volkszählung, die Verkabelungspolitik und andere Bereiche angeboten hätten. Wo sind



## Wir haben Ansichten von schönen Aussichten

für ein langes Leben mit der Natur.

- Natürlich im Saarland:
- Luft und Wasser - da schaffen wir klare Verhältnisse.
  - Für Lärmschutz sind wir ganz Ohr.
  - Wir haben Einfälle zum Thema Abfälle.
  - Wir holen Erholung ins Land.

Das Saarland bietet viel - mit Natur und Kultur.

**Image-Werbung: die Pressearbeit der Regierung ist jedenfalls nicht schlechter als die Politik der Regierung**

die Leute, die solche Nischen entdecken und ausfüllen?

Schließlich wird das alte Dilemma sozialdemokratischer Regierungspolitik, das Verhältnis zwischen Partei und Kabinett, auch an der Saar immer offenkundiger. Die Emanzipation der Partei von den Zwängen der Regierungspolitik ist nur möglich über die Emanzipation der vielen nicht in die Regierung eingebundenen Mitglieder und Gruppierungen der Partei..

Die Vorstandsstrukturen müssen aufgelockert werden: Durch verbindlich vorgeschriebene Quotierung, durch Stimmrecht der Arbeitsgemeinschaften in den Vorständen, durch Beschränkung des Anteils der Regierungs- und Fraktionsmitglieder in Landesvorstand und Landesparteiausschuß, schließlich durch Trennung der Ämter des Regierungschefs und des Parteivorsitzenden. Doch nach vielen Jahren Personenkult ist das leichter gesagt als getan.

Roland Weber

